



## **Statement**

(Es gilt das gesprochene Wort!)

31. Januar 2024

**Elke Hannack**

Stellvertretende DGB-Vorsitzende

**Statement zur Jahrespressekonferenz 2024**

Berlin, 31. Januar 2024

Meine Damen und Herren,

wir brauchen in Deutschland insbesondere auch im Bildungsbereich mehr Geld.

Im internationalen Vergleich hinkt unser Land hinterher. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt liegt Deutschland mit seinen Bildungsausgaben unter dem OECD-Durchschnitt. Um dies auszugleichen, müssten wir jedes Jahr über 20 Mrd. EUR zusätzlich ins Bildungssystem stecken. Und dabei ist die Infrastruktur noch gar nicht mitgerechnet. Dafür liegt der Investitionsbedarf, allein an Schulen bei 45,6 Mrd. Euro.

Und dieses Geld ist dringend nötig, denn die Probleme im Bildungsbereich summieren sich: Marode Gebäude, zu wenig Lehr- sowie Kita-Personal und letztlich immer wieder dürftige Plätze in Bildungsrankings – das muss die Politik endlich wachrütteln. Wir dürfen uns nicht an solche Zustände gewöhnen. Eine Trendwende in der Bildungspolitik ist überfällig. Bildungspolitik darf nicht daraus bestehen, zu beschwichtigen und sich auf das private Engagement von Eltern zu verlassen.

Es muss auch viel mehr darum gehen, Potentiale zu nutzen: In fast keinem anderen Land hängt Bildungserfolg so stark von der sozialen Herkunft ab. Das muss endlich abgestellt werden – wir verschenken sonst – gerade in Zeiten des Fachkräftemangels – dringend benötigtes Potential.

Jedes Jahr verlassen 50.000 junge Menschen die Schule ohne Abschluss. Trotz offener Ausbildungsstellen bleiben immer noch deutlich über 200.000 Jugendliche in Übergangsmaßnahmen stecken, ohne Chance auf einen Berufsabschluss. Akademikerkinder haben eine viel höhere Chance auf ein Studium, als Kinder von Eltern, die nicht studiert haben. Deshalb bleibt es auch wichtig, das BAföG zu verbessern und den Empfängerkreis wieder auszuweiten. Leider hat Bundesbildungsministerin Stark Watzinger gerade einen Entwurf für eine BAföG-Novelle vorgelegt, der darauf offensichtlich keine Rücksicht nimmt: Die Bedarfssätze und Wohnkostenzuschüsse werden überhaupt nicht angetastet.

Wir erwarten, dass die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag vorgesehenen bildungspolitischen Maßnahmen auch umsetzt. Dazu gehören unbedingt das Startchancenprogramm, der Digitalpakt und der Pakt für berufliche Schulen. Und natürlich sind auch die Länder gefragt. Sie müssen mehr tun, gegen den Fachkräftemangel im Bildungssystem. An der Ausbildung und auch an der guten Bezahlung des Personals darf nicht länger gespart werden. Viele Verantwortliche vor Ort bezweifeln inzwischen, dass der für 2026 geplante Start des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung angesichts hoher Baukosten und der Fachkräftelücke gesichert ist. Bis 2025 fehlen mindestens 230.000 Erzieher\*innen. Und bis 2030 fehlen mindestens 81.000 Lehrer\*innen an allen Schulformen. Hier gilt es, massiv gegenzusteuern – wo nötig auch mit Hilfe des Bundes.

Passiert dies nicht, braucht man sich über den zunehmenden Fachkräftemangel im Land nicht weiter wundern.

*Das gilt im Übrigen auch mit Blick auf die Frauen- und Gleichstellungspolitik.* Gerade in diesen Zeiten ist es wichtig, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, um mehr Männer in die Familienarbeit einzubeziehen und die Frauenerwerbstätigkeit zu stärken. Denn wir brauchen eindeutig mehr Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Daran führt kein Weg vorbei.

Hier scheint es manchen Ampel-Parteien aber noch ganz gewaltig an Einsicht zu mangeln. Anders lässt sich kaum erklären, dass die Bundesregierung mit ihrem Koalitionsvertrag zwar das „Jahrzehnt der Gleichstellung“ ausgerufen hat, ihren gleichstellungspolitischen Ankündigungen aber wenig Taten folgen lässt. Wir erwarten, dass die Koalition ihre Ankündigungen endlich umsetzt - und zwar nicht trotz, sondern gerade wegen der notwendigen wirtschaftlichen Transformation:

Wir brauchen die versprochene Familienstartzeit und den zusätzlichen Partnermonat beim Elterngeld genauso dringend wie die geplante Entgeltersatzleitung für pflegende Erwerbstätige, die ihre Arbeitszeit reduzieren. Und auch auf die Förderung von haushaltsnahen Dienstleistungen und die der Streichung der Steuerklasse V können wir nicht verzichten, wenn es mit der Fachkräftesicherung ernst meinen.

Die Koalitionäre müssen jetzt endlich die Strukturfragen lösen, wie sie es in Aussicht gestellt haben: Wir brauchen die ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie und den verpflichtenden Gleichstellungs-Check für alle Vorhaben. Dann wird nämlich jeder und jedem klar, wie unterschiedlich sich Politik auf Männer und auf Frauen auswirken kann und wo gezielt nachgesteuert werden muss.